

Stand 20. August 2012

EU Quo Vadis VII: Internationale Konferenz

Europas gemeinsame Zukunft

Datum und Ort

Dienstag, 25. und Mittwoch, 26. September 2012

Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin-Mitte

Konferenzsprachen

Alle Redebeiträge werden simultan Englisch - Deutsch übersetzt.

Projektleitung und Information

Dr. Christine Pütz, Referentin Europäische Union, puetz@boell.de, +49-30-285 34 391

Melanie Sorge, Politische Beraterin/Projektmanagerin, melanie@boellstiftung.org, +49-30-417 233 95

Hintergrund

Die EU steckt nicht nur in einer fiskalischen Krise, sondern auch in einer Vertrauenskrise. Beide verstärken sich gegenseitig. Der Ausweg muss in einer Vertiefung der europäischen Integration gesucht werden. Aber „Mehr Europa“ klingt für viele Bürgerinnen und Bürgern nach politischer Zentralisierung, oktroyierten Sparprogrammen und Abbau von Sozialleistungen. Die andauernde Schuldenkrise, die national eingefärbten Kontroversen um nachhaltige Gegenstrategien und die sozialen Verwerfungen in den Krisenländern drohen nicht nur die Eurozone zu spalten, sondern gefährden auch das Projekt eines vereinigten Europa.

Kaum jemand hätte geglaubt, dass nationale Ressentiments in dieser Schärfe wieder aufbrechen könnten. Deutschlands Führungsrolle wird zugleich eingefordert und abgelehnt, sein Insistieren auf einer strikten Sparpolitik weithin als unsolidarisch und krisenverschärfend kritisiert.

Ohne eine breite öffentliche Debatte über Wege aus der Krise werden sich die Risse in der EU noch vergrößern. Das europäische Projekt kann nicht allein „von oben“ weitergeführt werden. Erst wenn die Bürgerinnen und Bürger über europäische Zukunftsfragen mitentscheiden können, werden sie Europa als ihre Angelegenheit erleben. Die Beschwörung, dass diese oder jene politische Entscheidung „alternativlos“ sei, ist schädlicher denn je.

Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet ein Forum für eine europäische Debatte, die unterschiedliche Sichtweisen und Politikvorschläge herausarbeitet und eine Vielfalt von Stimmen zu Wort kommen lässt. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der zukünftigen Verfasstheit der EU. Wie müssen die strukturellen Reformen aussehen, die Europa aus der Krise führen? Wie können die ökonomischen Diskrepanzen innerhalb der Euro-Zone vermindert und nachhaltiges Wachstum gefördert werden? Was bedeutet die weitere Verlagerung von finanz- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene für die demokratische Teilhabe von Bürger/innen und Parlamenten? Wie kann die EU in wichtigen Entscheidungskompetenzen gestärkt und zugleich die politische und kulturelle Vielfalt Europas bewahrt werden??

Tag 1, Dienstag, 25. September 2012**15:30** **Anmeldung****16:00** **Begrüßung****Ralf Fücks**, Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin**16:15** **Welches Europa wollen wir? Europäischer Dialog**

- Was hält Europa heute und in der Zukunft zusammen? Was sind identitätsstiftende Motive und Interessen für die europäische Einigung?
- Das Demokratieprinzip ist konstitutiv für die europäische Einigung. Bisher nimmt die „Dichte“ demokratischer Selbstbestimmung mit der Verlagerung politischer Kompetenzen auf die europäische Ebene ab. Bedeutet mehr europäische Demokratie vor allem mehr Kompetenzen für die Gemeinschaftsinstitutionen? Was bedeutet die EU als „Mehrebenen-Demokratie“?
- Was bedeutet europäische Solidarität im Angesicht der Schuldenkrise? Die EU als Transfer- und Haftungsunion?
- Die EU scheint sich immer mehr in ein wirtschaftlich starkes Nordeuropa und ein krisengeschütteltes Südeuropa aufzuspalten. Ist ein Europa der zwei Geschwindigkeiten das Modell der Zukunft? Welche Risiken birgt es?

Ralf Fücks im Gespräch mit**José Ignacio Torreblanca**, Senior Research Fellow und Direktor, Büro Madrid, European Council on Foreign Relations*Und***Heidi Hautala***, Finnische Ministerin für Internationale Entwicklung, Helsinki*Und***Gesine Schwan**, Präsidentin, Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin**17:30** **Pause****18:00** **Kontroverse****Wege aus der Eurokrise***Experten-Roundtable mit zwei einleitenden Impulsbeiträgen*

Die EU-Schuldenkrise erfordert entschlossenes Krisenmanagement. Die zu treffenden Entscheidungen werden gerne als alternativlos dargestellt. Doch abwägen und entscheiden kann aber nur der- oder diejenige, die Alternativen zur gegenwärtigen Politik kennt.

- Gilt die These: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa? Muss also der Euro „um jeden Preis“ verteidigt werden?
- Wie verteilen sich die Kosten der „Eurorettung“ auf die Staaten der Eurozone und auf die gesellschaftlichen Gruppen? Mit anderen Worten: *wer rettet wen?*
- Transferunion ohne Grenzen? Wie viel Vergemeinschaftung der Schulden und Transferzahlungen kann die Eurozone aushalten? Und an welche Bedingungen sind diese Garantien zu binden?

- Wie soll künftig mit den Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone (Verschuldung, Wettbewerbsfähigkeit) umgegangen werden? Wie viel Homogenität braucht die
- Währungsunion - und wie ist eine stärkere ökonomische Konvergenz in der Eurozone zu erreichen?
- Setzt die Transferunion zwingend die politische Union voraus, also die Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen und Durchgriffsrechten auf europäischer Ebene? Sind die europäischen Gesellschaften (und ihre politische Klasse) bereit zu einer Vergemeinschaftung von Haushalts-, Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Impulsbeitrag

Roger Bootle, Generaldirektor, Capital Economics, London

Impulsbeitrag

Ester Faia, Professorin für Geld und Finanzpolitik, Abteilung Geld und Währung, Goethe Universität, Frankfurt am Main

Frithjof Schmidt*, Mitglied des Bundestags, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Andreas Krautscheid, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Moderation: **Ulrike Herrmann**, Wirtschaftskorrespondentin, taz, Berlin

20:00 **Empfang**

21:30 **Ende Tag 1**

Tag 2, Mittwoch, 26. September 2012

9:00 **Anmeldung**

9:30 Gesprächsrunde

Deutschlands Rolle in der Krise

Die derzeitige Schuldenkrise stellt eine große Herausforderung für die Solidarität in Europa dar. Das Aufbrechen alter nationaler Ressentiments in ungeahnter Vehemenz und Schärfe zeigt, dass Europas Einheit nicht für alle Zeiten als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Im Fokus steht vor allem Deutschland, das die Krise bislang weitgehend unbeschadet überstanden hat und ökonomisch sogar gestärkt aus ihr hervorgegangen ist. Deutschlands Insistieren auf einer strikten Sparpolitik wird in den betroffenen Krisenländern als unsolidarisch empfunden. Während gerade in südeuropäischen Ländern Skepsis und Angst gegenüber einer deutschen Vormachtstellung besteht und der Vorwurf laut wird, dass Deutschland sein Wirtschaftsmodell dem Rest der Eurozone auferlegen will, erwarten wiederum andere von Deutschland, dass es seiner ökonomischen und politischen Stärke gerecht wird und eine Führungsrolle übernimmt, um die EU aus der Krise herauszuführen.

- Hat Deutschland seine alte Rolle als ökonomischer Riese und politischer Zwerg endgültig abgelegt? Wie viel Führungsrolle soll und kann man von Deutschland in der derzeitigen Krise erwarten?
- Wie solidarisch ist Deutschland in der Schuldenkrise? Ist der von Deutschland vorgegebene Sparkurs zwingend oder verfehlt, weil er die ökonomisch-sozialen Folgen und die damit verbundenen politischen Risiken in den betroffenen Krisenländern vernachlässigt?
- Deutschland wird derzeit vorgeworfen, dass es über die niedrig verzinsten Staatsanleihen und die Arbeitsmigration von Süd nach Nord zweifach von der Schuldenkrise profitiert. Stimmt das? Vergrößert sich in der Krise die (wirtschaftliche und politische) Kluft zwischen Nord und Süd noch weiter?

- Wo liegen die „Grenzen der Belastbarkeit“ Deutschlands (Kanzlerin Merkel), wenn es um die Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken in Europa geht?

Georg Pagoulatos, Professor für Europäische Politik und Ökonomie, Abteilung Internationale und Europäische ökonomische Studien, Athener Universität für Wirtschaft und Business, Athen

Jacek Kucharczyk, Vorsitzender, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

Jacques-Pierre Gougeon*, Forschungsdirektor, Institut de Relations Internationales et Strategiques, Paris

Viola von Cramon, Mitglied des Bundestags, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Moderation: **Christine Pütz**, Referentin Europäische Union, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

11:15 **Pause**

11:45 **Parallele Foren**

Forum 1

Welches Wachstum braucht Europa?

Mittlerweile gibt es kaum jemanden mehr, der bestreiten würde, dass die von der Schuldenkrise betroffenen Länder Südeuropas Wachstum brauchen. Es geht vielmehr um die Frage, welches Wachstum sinnvoll ist und wie es finanziert werden soll. Im Kern geht es dabei auch um die Frage, wie zukünftig Wohlstand in Europa generiert wird und welches Wirtschaftsmodell dafür das Richtige ist.

- Welches sind erfolgversprechende Wachstumsstrategien? Welche Investitionen sind nachhaltig und wirtschaftlich sinnvoll? Wie sind diese Investitionen zu finanzieren?
- Können Wachstum und Sparen in Einklang gebracht werden?
- Wie können die unterschiedlichen Belange der EU-Mitgliedstaaten innerhalb wie außerhalb der Eurozone in Einklang gebracht werden?

Input

Radek Špicar, Direktor, Aspen Institute, Prag

Kommentar

Michaele Schreyer, Mitglied der europäischen Kommission a.D., Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Berlin

Anna Visvizi, Assistenzprofessorin, Institut für Auslandsgeschäfte und Europäische Angelegenheiten, The American College of Greece (DEREE), Athen

Kerstin Andreae, Mitglied des Bundestags, Sprecherin für Wirtschaftspolitik, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Moderation: **Ute Brümmer**, Referentin Wirtschaft und Soziales, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Forum 2

Mein Europa - Die europäische Demokratie in der Schuldenkrise

Der Widerstand gegen die Folgen des Binnenmarktes und der damit verbundenen Liberalisierung (negative Integration) wächst. Dabei ist eine wichtige Begründung für ein vereintes Europa doch die Globalisierung, mit ihren politischen und ökonomischen

Herausforderungen. Auch wenn die Idee eines vereinten Europas von der großen Mehrheit geteilt wird, hat die weitere Europäische Integration nicht automatisch auch zu einer stärkeren Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit den europäischen Integration geführt. In der Schuldenkrise zeigt sich zudem, dass europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn sie mit „Durchgriffsrechten“ aus Brüssel einhergeht, von den betroffenen Gesellschaften als „Diktat“ empfunden wird. Die entscheidende Frage ist, wie ein europäisches politisches System aussehen kann, das die Europäer/innen als das ihre empfinden.

- Wie kann die EU gleichzeitig mit supranationalen Lösungen auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren und lokale Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürgerinnen ermöglichen? Ist die Zentralisierung politischer Entscheidungen eine Einbahnstraße oder muss zugleich das Subsidiaritätsprinzip gestärkt werden?
- Kann eine Stärkung der als "weit weg" empfundenen EU-Institutionen, wie dem Europäischen Parlament, tatsächlich zu einer stärkeren Aneignung der europäischen Demokratie durch die Bürger führen? Welches wären die Alternativen?
- Ein soziales Europa wird von vielen als neues Identifikationsprojekt für die EU gefordert. Doch gleichzeitig stehen einer Vergemeinschaftung der europäischen Sozialpolitik starke nationale Traditionen und Normen entgegen. Wie könnte ein soziales Europa aussehen, das die nationalen Traditionen und Pfade berücksichtigt?
- Oft ist in der Krise die Rede vom Vertrauen der „Märkte“, das zurückgewonnen werden müsse. Wie können umgekehrt die Finanzmärkte demokratiekonform gestaltet werden, ohne sie außer Kraft setzen zu wollen?

Input

Aitor Tinoco i Girona, Bewegung Democracia Real Ya, Madrid

Kommentar

Franziska Brantner, Mitglied des Europäischen Parlaments, Die Grünen/EFA, Brüssel

Jacqueline Hénard, Publizistin und Senior Policy Associate, European Council on Foreign Relations, Paris

Philippe Pochet, Generaldirektor, Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI), Brüssel

Moderation: **Sergey Lagodinsky**, Referent Europäische Union/Nordamerika, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Forum 3

Krise der EU – Krise der Nachbarschaft und Erweiterung?

Durch die Schulden- und Finanzkrise ist die EU ganz mit sich selbst beschäftigt. Die Erweiterung der Union und die Anbindung ihrer östlichen und südlichen Nachbarn ist aus dem Blickfeld des öffentlichen Interesses geraten. Doch ist dies nur eine Frage der öffentlichen Perzeption oder steckt die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU tatsächlich in einer Krise? Gleichzeitig stellt sich nach den Erfahrungen mit dem Krisenmanagement in der Schuldenkrise umso dringlicher die Frage, wie eine noch größer werdende EU so politisch organisiert sein soll, dass gemeinsame politische Richtungsentscheidungen weiterhin möglich sind.

- Wie sehen die Staaten in Südost- und Osteuropa die EU nach den Turbulenzen der vergangenen zwei Jahre: Gilt sie weiter als Stabilitätsanker und Wachstumsmotor? Oder hat eine Suche nach Alternativen begonnen?
- Wie soll es weitergehen: Muss sich die EU zuerst einmal nach innen stabilisieren oder ist europäische Solidarität nach innen gepaart mit der Solidarität gegenüber den europäischen Nachbarn?
- Wie sieht Europa in 20 Jahren aus, wenn wir auf eine gesamteuropäische Integration verzichten?

- Und wie muss eine erweiterte EU aussehen, damit sie noch funktionieren kann? Ist ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten die notwendige Konsequenz?

Input

Kai-Olaf Lang, Forschungsleiter, EU Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Kommentar

Manfred Scheich, Senior Advisor, Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik (AIES), Maria Enzersdorf

Senem Aydin Düzgit, Assistenzprofessorin für Internationale Beziehungen, Istanbul Bilgi Universität

Dejan Jović, Chefanalyst und Sonderkoordinator im Büro des Präsidenten der Republik Kroatien und Außerordentlicher Professor, Fakultät Politikwissenschaften, Zagreb Universität

Moderation: **Walter Kaufmann**, Referent Südosteuropa/ Osteuropa/ Kaukasus, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

13:15 **Mittagspause**

14:15 Keynote

Daniel Hamilton*, Direktor, Zentrum für Transatlantische Beziehungen, The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS); Direktor, American Consortium on EU Studies; Washington D.C.

14:25 Abschlussdebatte

Das Modell Europa auf dem Prüfstand

Diskussion in drei Runden: 1. Blick von außen, 2. Reaktion der europäischen Redner/innen, 3. Diskussion und Fragen aus dem Publikum

- Die EU galt in den letzten Jahrzehnten als Modell für supranationale Kooperation, für Demokratie und soziale Marktwirtschaft, die Wohlstand, Freiheit und Frieden sichert und hatte damit hohe Ausstrahlungskraft. Verliert dieses Modell Europa durch die Krise nun an Glaubwürdigkeit?
- Wie kann die EU wieder zu neuer Stärke finden? Welches sind ihre Stärken, die sie ausspielen kann? Welches sind ihre Schwächen, die sie ausgleichen sollte?

Daniel Hamilton*, Direktor, Zentrum für Transatlantische Beziehungen, The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS); Direktor, American Consortium on EU Studies; Washington D.C.

Lai Hairong, Executive Director, China Center for Overseas Social and Philosophical Theories, Peking

Rebecca Harms, Mitglied des Europäischen Parlamentes, Ko-Vorsitzende der Fraktion, Die Grünen/EFA, Brüssel

Charles Grant*, Direktor, Centre for European Reform, London

Moderation: **Ralf Fücks**, Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung

16:00 **Ende der Konferenz**

*Angefragt